

**Antrag 75/I/2022**

**AG Migration und Vielfalt**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme**

**Umsetzung eines Landesaufnahmeprogramms Afghanistan**

1 Die SPD-geführte Landesregierung sowie die SPD-  
2 Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich für die  
3 Umsetzung eines Landesaufnahmeprogramms Af-  
4 ghanistan einzusetzen. Dieses soll in Ergänzung  
5 zum Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan, das  
6 am 17.10.2022 vorgestellt wurde, einen wichtigen  
7 Beitrag dazu leisten, afghanischen Staatsangehö-  
8 rigen Schutz zu gewähren. Eine Voraussetzung dafür  
9 soll sein, dass deren Angehörige oder Dritte bereit  
10 sind, deren Aufenthalt in Deutschland voll umfäng-  
11 lich zu finanzieren und als Nachweis eine Verpflich-  
12 tungserklärung abzugeben.

13

**14 Begründung**

15 Am 17.10.2022 haben Bundesinnenministerin Nan-  
16 cy Faeser und Außenministerin Annalena Baerbock  
17 das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan vor-  
18 gestellt. Zielgruppe sind Afghanische Staatsangehö-  
19 rige in Afghanistan, die u.a. durch ihren Einsatz für  
20 Frauen- und Menschenrechte oder durch ihre Tä-  
21 tigkeit in den Bereichen Justiz, Politik, Medien, Bil-  
22 dung usw. individuell besonders gefährdet sind. Um  
23 darüber hinaus afghanischen Menschen, die bereits  
24 in Deutschland sind, die Möglichkeit zu geben, ih-  
25 re Angehörigen nachzuholen, wurde angekündigt,  
26 dass anders als bisher Landesaufnahmeprogramme  
27 durch das Bundesministerium für Inneres und Hei-  
28 mat (BMI) freigegeben werden. Die brandenburgi-  
29 sche Landesregierung soll sich somit den Ländern  
30 Berlin, Thüringen, Hessen und Schleswig-Holstein  
31 anschließen, die bereits sogenannte „Einverneh-  
32 mensbitten“ zu entsprechenden Landesaufnahme-  
33 programmen gestellt haben. Hierbei handelt es sich  
34 um ein Format, das auf Bundesebene bereits für  
35 Syrerinnen und Syrer Anwendung fand. Durch die  
36 hohe Eigenverantwortung würden finanzielle Belas-  
37 tungen des Staates weitgehend vermieden.

Klärung, ob die Beteiligung am Bundesaufnahme-  
programm oder unabhängig davon ein Landesauf-  
nahmeprogramm gefordert wird.